

# Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, 28. November 1923.

Der Landesauschuss des sächsischen Handwerks schreibt: Der Gegenwart ist die unproduktive Belastung von Handwerk und Gewerbe auf eine Stufe gestiegen, die nicht mehr zu bestehen ist. Die Umwertung sämtlicher Steuern und Leistungen in Goldmark legt jedem Gewerbetreibenden große Opfer an Zeit auf, wenn er nicht am nächsten Tage einen weit höheren Betrag bezahlen will. Dazu kommen noch die Schwierigkeiten der Geldbeschaffung. Auch die sozialen Einrichtungen, wie Krankenkasse, Berufsgenossenschaften und neuerdings die Abhebung der Invalidenversicherungsbeiträge durch den Arbeitgeber legen dem Handwerk unerträgliche Belastungen auf. Die Arbeitskraft des Handwerks, die im Interesse der Erhaltung des Betriebes und der Familie, sowie der Volkswirtschaft so notwendig in der Werkstatt gebraucht wird, muß durch unentgeltliches Zeitergehen und Geldbeschaffungsaufwendungen vergeudet werden. Es ist heute bald soweit gekommen, daß in einem Handwerksbetrieb mit zwei Gehilfen der Meister überhaupt nicht mehr produktiv arbeiten kann, daß er dafür einen Angestellten braucht. Wenn dies äußerlich nicht in Erscheinung tritt, so liegt es daran, daß der Handwerker einen Achtstundentag überhaupt nicht mehr kennt und auch die eigene Frau und Kinder im Geschäft mit tätig sein müssen. Der Landesauschuss des sächsischen Handwerks hat die sächsische Regierung auf diese Tatsachen ernstlich hingewiesen und Änderungen gebittet. Es geht nicht mehr an, daß an und für sich begründeten Einrichtungen zuliebe die kostbare Arbeitskraft des Meisters verwendet werden muß, um das große Beamtenheer zu erhalten. Daß die Leistungen dieser Anstalten den Erfordernissen der Zeit nicht mehr entsprechen, ist schon eine längst bekannte Tatsache. Erfolgt keine Änderung, so muß das Handwerk eines Tages erklären, daß es diesen öffentlichen Verpflichtungen nachzukommen einfach nicht mehr imstande ist. Zunächst ist es einmal, sich selbst zu ernähren. Wenn der Staat Einrichtungen schafft, dann muß er auch dafür sorgen, daß ohne Beeinträchtigung der Erwerbsmöglichkeit die Erfüllung dieser Verpflichtungen möglich ist.

Gegen die hohen Goldpreise. Das sächsische Schuhmachergewerbe hat sich in einer scharfen Eingabe an die Regierung gewandt mit der Beschwerde, daß seit der Einführung der Rentenmark die Rohmaterialien für Schuhartikel in unheimlicher Weise von den Fabrikanten hochgekauft worden seien. Beispielsweise sei Sobolieder, das früher mit 2 bis 2,5 Dollar bezahlt worden sei, mit Einführung der Rentenmark auf 4 bis 5 Dollar gestiegen. Das bedeute nicht nur eine außerordentliche Belastung des Schuhmachergewerbes, sondern auch des kausenden Publikums.

Ueberprüfung der Goldmarkpreise. Auch für unsere heimische Geschäftswelt beachtenswert ist eine Veröffentlichung des Preisamtes der Stadt Chemnitz. Sie besagt: Beim Uebergang von der Preisstellung in Papiermark zur Goldmark besteht die Gefahr, daß die an sich über der Höhe der Friedenspreise liegenden Goldmarkpreise willkürlich und ohne ausreichende Begründung weiter hinaufgetrieben werden. Für weite Kreise der Verbraucherschaft, die sich mit einer weit hinter der Friedensentlohnung zurückbleibenden Bezahlung begnügen müssen, würden auf diesem Wege die wichtigsten Bedarfsgüter veräußert werden, daß die an sich beschränkte Lebenshaltung noch weiter zurückgehen müßte. Einer solchen, in den Verhältnissen nicht begründeten Verschlechterung der Lage der Verbraucher muß mit allen Mitteln entgegengetreten werden.

Eine treffliche Anregung. Wie der Bauernbund in Roda (Thür.) bekannt gibt, hat sich im Verlauf der vergangenen Woche immer mehr gezeigt, daß die Beschädigung des Wochenmarktes mit Lebensmitteln die einfachste und praktischste Lösung der so schwierigen Versorgung der Verbraucher ist. Der Bauernbund bittet daher seine Mitglieder dringend, den Markt durch allgemeine Beschädigung noch mehr zu beleben und dadurch den Beweis des guten Willens zu erbringen. „Nicht die Papiermark, sondern ein Hand-in-Hand-geld von Stadt und Land kann uns Nutzen bringen“, schreibt der Bauernbund sehr richtig.

Postales. Der Umtausch von Kleingeld gegen Rentenmarken muß wegen Kleingeldüberhäufung bis einschließlich 30. November gesperrt werden. Scheckfälschung. Der Lehrling und frühere Fürsorgezögling Herbert Semig hat dem Richter Köhlig hier mehrere Gegenstände und ein Scheckbuch der Girokasse Wilsdruff gestohlen. Durch Ausstellung dieser Schecks hat er verschiedene Kaufleute in Wilsdruff um beträchtliche Summen geschädigt. Etwaige noch geschädigte, die noch im Besitze falscher Schecks auf den Namen Frau Bombach von Semig sind, wollen sich umgehend bei der Gendarmereidivision, Löbtauer Straße, melden.

Kriegsbeschädigte, Kriegsinteressierte, Ruhegehaltsempfänger. 1. Nach Artikel 10 § 8 Abs. 3 der Personalabbauverordnung vom 27. Oktober 1923 (RGBl. I, S. 999) ist jeder Versorgungsberechtigten ein steuerbares Einkommen (nach Abzug der darin enthaltenen Versorgungsbezüge) im Monat Oktober 1923 von über 400 Milliarden Mark bezieht, bei Verlust seiner Rente verpflichtet, bei dieser regelnden Behörde (Versorgungsamt usw.) oder wenn sie ihn nicht bekannt ist, der seine Versorgungsbezüge zahlenden Kasse bis 30. November 1923 anzuzeigen. Auf RGBl. I, S. 999, Z. 23, wird besonders hingewiesen. — 2. Gemäß Reichsvorsorgengesetz vom 23. April 1923 wird bekanntgemacht, daß dem Kläger im Spruchverfahren (i. Verfahrensgesetz in Versorgungssachen) im Falle seines Unterliegens vom 1. Dezember 1923 ab eine Gebühr auferlegt wird. Wer jedoch bis zum 30. November 1923 ein bereits anhängiges Rechtsmittel (Berufung, Rekurs) zurücknimmt, dem kann keine Gebühr auferlegt werden.

Keinen Briefmarkenvorrat kaufen! Die Post hat, wie schon berichtet wurde, die Bestimmung getroffen, daß bis zum 1. Dezember die Briefmarken für den vierfachen Betrag des aufgedruckten Wertes verkauft werden. Wir machen aber ausdrücklich darauf aufmerksam, daß nichts verkehrter wäre, als nun Briefmarken zu kaufen, denn ab 1. Dezember gelten die Briefmarken nur noch mit dem aufgedruckten Nennwert. Wer Verluste vermeiden will, laufe also jetzt keine Vorräte!

Unhaltige Briefmarken. Mit Ablauf des Monats November 1923 verlieren alle Freimarken (auch Flugpostmarken) im Einzelwert von 100 M. bis 800 000 M. ihre Gültigkeit. In Händen der Bevölkerung befindliche, nicht zum Freimachen von Sendungen benutzte Marken dieser Art werden bis Ende Dezember 1923 an den Schaltern der Postanstalten bei oder gegen andere Freimarken eingelöst, wenn von einer Sorte mindestens Marken im Werte von 1 Million Mark vorgelegt werden.

Dollar: 27. November: 420000000000

Dollar: 28. November: 420000000000

1 Goldmark: = 1 Billion Papiermark

Vierfacher Nennwert der alten Briefmarken. Aus Anlaß der Erhöhung der Postgebühren vom 26. November ab hat das Reichspostministerium die Postanstalten angewiesen, die Freimarken von dem genannten Tage ab zum vierfachen Nennwert zu verkaufen und bei der Freimachung (auch bei Sendungen aus Briefkästen) zum vierfachen Betrage (bis diesen Monat) anzurechnen.

Diebstähle in der Umgebung. In der Nacht zum 22. ds. sind in Ufersdorf aus einer verschlossenen Scheune mittels Einbruchs 5 Ledertreibriemen: 13, 12,9, 7,4, 6 und 3,5 Mtr. gestohlen worden. — Am 25. ds. zwischen 10 und 11 Uhr vormittags ist gleichfalls in Ufersdorf in der hinteren Dorfstraße ein grauer Schafbock, 130 Pf. schwer, abhanden gekommen. Etwaige Wahrnehmungen erbittet die Gendarmerie.

## Aus der Landeshauptstadt.

Dresden, 28. November.

Das Wehrkreiskommando IV hat dem Landesverein für Innere Mission für sein Altersheim „Wilhelma“ in Weindöbela und für seine Epileptikenanstalt in Kleinwachau je 21 Goldmark aus Sammlungen der Reichswehr zur Verfügung gestellt.

Die Straßenbahn hat ihren Tarif auf Goldmarkbasis umgestellt. Der Grundpreis für eine Fahrt beträgt 20 Goldpfennige. Die Umrechnung erfolgt nach dem amtlichen Kurs der Goldmark vom Vortage.

In Schutzhalt genommen wurde am Sonnabend in den Vormittagsstunden der Schriftsteller und frühere Herausgeber des „Spötter“, Georg Müller-Heim, der in letzter Zeit eine umfangreiche Tätigkeit als sogenannter Wohlverteidiger ausgeübt und auch einen Volksbund gegen Unrecht gegründet hatte; seine Gefolgschaft bestand in der Hauptsache aus Erwerbslosen. Die Verhaftung erfolgte durch zwei Beamte der politischen Abteilung der Dresdener Kriminalpolizei. Müller-Heim wurde zunächst nach dem Polizeipräsidium und später nach dem Untersuchungsgefängnis am Münchner Platz gebracht.

Hungernde Schulkinder. In der Stadtverordnetenversammlung wurde bekanntgegeben, daß eine Umfrage über Erkrankungen und Ohnmachtsanfälle von Kindern infolge Unterernährung in den Dresdener Schulen gehalten worden ist. Es sind von insgesamt 57 692 Volksschülern 561 wegen Nahrungsmangels dem Unterricht ferngeblieben. Bei 293 Kindern wurden Ohnmachtsanfälle und Erkrankungen infolge Unterernährung beobachtet.

## Aus dem Freistaat Sachsen.

Freital. Während andere Städte gezwungen sind, soziale Einrichtungen abzubauen, haben die sächsischen Kollegien der Industrie- und Handelskammer Freital eine neue wichtige soziale Einrichtung, eine städtische Poliklinik, ins Leben gerufen. In dieser Klinik sollen nicht verordnete minderbemittelte Einwohner kostenlos ärztliche Hilfe erhalten. Auch werden in den Sprechstunden der Klinik Medikamente verabreicht.

Köhlchentreude. Der Kohlenersparnis wegen ist die Schule Sonnabends geschlossen. Die ausfallenden Stunden werden auf die übrigen Hochtage verteilt.

Radeberg. Infolge Differenzen mit der Arbeiterschaft hat das Sachwert Radeberg seinen Betrieb bis auf weiteres stillgelegt. Das Werk in Niederseibitz wird hieron nicht betroffen. Die Schließung dieses großen Werkes macht sich überall bemerkbar. Auf den Straßen sieht man größere Trupps Arbeitsloser und die Ladeninhaber klagen über schlechten Geschäftsgang.

Bischofswerda. Ein bemerkenswertes Urteil über den Scheckverkehr fällt in diesen Tagen das Amtsgericht Bischofswerda. Es entscheidet: Die Ausstellung eines Verrechnungsschecks als Zahlungsmittel an solche Personen, die kein Bankkonto besitzen, ist unzulässig. Der Aussteller ist verpflichtet, einen solchen Scheck sofort zurückzunehmen, wenn er nicht Befehl lauten will, für etwa entstehende Geldentwertung Schadenersatzpflichtig zu werden.

Rothweil. Das auf dem Durchmarsche befindliche Reichswehr-Regiment 10 aus Torgau speiste mittags gegen 300 Schulkinder im Schulhause aus ihrer Gulaschkanone mit Fleisch, Erbsen und Kartoffeln. Auch im benachbarten Marbach hat eine Speisung von Schulkindern stattgefunden.

Rittweil. Die Not der Bevölkerung tritt in unseren Bezirksschulen kraß zutage. Es gibt hier über 500 Schulkinder, die jetzt infolge der hohen Vorkpreise ohne die früher übliche Brotkürze in die Schule gehen müssen. Diese traurige Tatsache hat den Rat und wohlthätig gesinnte Einwohner bewegen, für die hungernden Kinder Suppe zu verabreichen. Da bis jetzt bloß 100 Kinder gespeist werden können, sollen Sammlungen vorgenommen werden.

Grimma. Offiziere und Mannschaften des Standortkommandos Grimma der Reichswehr haben 105 bedürftige Volksschüler mit je einem 4-Pfund-Brot, das sie sich von ihrer Brotration absparen haben, beschenkt. Schon am 25. und 26. Oktober hatten Offiziere und Mannschaften der Reichswehr bei ihrem Durchmarsch durch Grimma 60 Kindern warmes Mittagessen und Brot abgetreten.

## An unsere Postbezieher!

Durch die Post wird in diesen Tagen die

**zweite und letzte Nachzahlung  
in Höhe von 60 Goldpfennigen**

für den November-Bezug des „Wilsdruffer Tageblattes“ erhoben werden.

Für Dezember kommt eine Nachzahlung nicht mehr in Frage, da der Bezugspreis bereits in Goldmark eingehoben ist.

Wir bitten, die durch den Briefträger vorgelegten Nacherhebungen freundlichst zu lösen, damit in der Zustellung der Zeitung keine Unterbrechung eintritt.

**Verlag des „Wilsdruffer Tageblattes“.**

Geithain. Die schlimme Finanzlage der Stadt, besonders die hohen Aufwendungen für Erwerbslose, zwingen die städtischen Behörden, bei der Einwohnerzahl die Ausbringung eines Notopfers anzugehen. Die Kartoffelverfälschung für die Bevölkerung hat sich nach dem Beispiel früherer Jahre nicht durchführen lassen. Mit dem 1. Dezember soll die Volksküche erneut eingerichtet werden.

Degan. Eine hier jüngst veranstaltete Aufführung der Märchenoper „Prinzessin Narzipan“ seitens der Schuljugend ergab im ganzen 61 Billionen Papiermark und 3 Goldmark. Nach Abzug der entstandenen Kosten konnten für den Reinertrag 3 Zentner ungemahlener und 2 Zentner gemahlener Weizen angekauft werden zur Unterfütterung der Schulkinder. Außerdem finden 10 Billionen Papiermark Verwendung zur Anschaffung von Schulbüchern und zur Ergänzung der Schulbibliothek.

Chemnitz. Im Einverständnis mit dem Direktorium der Oeffentlichen Handelshochschule haben sich Schüler dieser Anstalt in bankenswerter Weise bereitgefunden, zusammen mit Mannschaften der kurzzeit in Chemnitz liegenden 1. Kompanie des 10. (sächsischen) Infanterie-Regiments bei Industriellen, größeren Lebensmittelgeschäften in der Markthalle, sowie bei Privatpersonen für die von der Kompanie abgehaltenen Armen-speisungen zu sammeln. Durch namhafte Spenden, die bereits von allen Seiten in reichem Maße zugeflossen sind, ist es der Kompanie möglich geworden, bis auf weiteres 150 bis 200 der ärmsten der Armen, vorzugsweise alte Mütterchen, Greise und hilfsbedürftige Kinder, eine kräftige warme Mittagskost auszugeben.

Plauen. Eine große Anzahl Plauer Geschäftsleute hatte sich wegen der Weigerung, Papiergeld in Zahlung zu nehmen, vor Gericht zu verantworten. Hierbei wurden zum Teil recht empfindliche Strafen ausgeworfen. Ein Geschäftsmann wurde zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt, während in den anderen Fällen auf Geldstrafen von 30–40 Billionen Mark erkannt worden ist. Die zur Anzeige und Verurteilung gekommenen Fälle betrafen bis auf einen Fall, in dem für Garn wertbefähigtes Geld gefordert wurde, sämtlich den Verkauf von Lebensmitteln.

Zwickau. Das Infanterie-Regiment 18 hat die Stadt verlassen. An seine Stelle ist das Infanterie-Regiment 4 (Pommern) eingerückt.

Rittgenhal. Der sozialistische Bürgermeister und frühere Schuldirektor Zimmermann ist von der Reichswehr verhaftet worden.

## Neuere Meldungen.

Antrag auf Aufhebung der Elektrizitäts- usw. Verordnung.

Berlin, 27. November. Der Abg. W u d j u n (Dnt.) hat mit Unterstützung seiner Fraktionsgenossen im Reichstag den Antrag eingebracht, die Reichsregierung zu erlauben, die Verordnung über die Berechnung des Preises bei der Lieferung von elektrischer Kraft, Gas und Leitungswasser vom 24. Oktober 1923 sofort aufzuheben, weil sie nicht nur für das gesamte Wirtschaftsleben und jeden Privathaushalt vernichtend wirkt, sondern auch die Rechtsverfolgung nach bisherigem Recht und die Rechtsprechung ungünstig zu beeinflussen geeignet ist.

125 000 Billionen Mark geraubt.

Berlin, 27. November. Von den Franzosen sind auf der Reichsbankstelle Düsseldorf 65 000 Billionen Mark Reichsbanknoten fortgenommen worden. Am 24. d. M. hat die belgische Belegungsbehörde auf der Reichsbankstelle Aachen 60 000 Billionen Mark requirieren lassen.

Rentenmark gleich Goldmark?

München, 27. November. Vom bayerischen Handelsministerium ist an das Reichsfinanzministerium das Ersuchen um eine offizielle Auffklärung gerichtet worden, wie eine Rentenmark in Wertgleichung zur Goldmark steht.

Steuerreformforderungen der bayerischen Landwirtschaft.

München, 27. November. Die bayerische Landesbauernkammer und der bayerische Handwerkskammertag setzen ihre gemeinsame Aktion, in der Steuerfrage fort und haben jetzt in einer größeren Kundgebung bestimmte Richtlinien aufgestellt. U. a. wird verlangt, daß der ganze Steuerapparat vereinfacht werde. An die Stelle der Vielzahl der Steuern müßten einige wenige ertraagreiche Steuern treten. Mit den vielen Sondersteuern müsse aufgeräumt werden und den Bundesstaaten die Finanzhoheit zurückgegeben werden.

Kommunistenverhaftungen in Offenbach.

Offenbach, 27. November. Infolge der Auflösungs- und Beschlagnahmeverordnung des Generals v. Seect sind in Offenbach etwa zehn Kommunisten verhaftet worden. Ferner nahm die Polizei Bücher- und Schriftensbeschlagnahmungen vor.

Politik der Wäfigung im Ruhrgebiet?

Brüssel, 27. November. Wie die Blätter mitteilen, gab der zusammengetretene Ministerrat seiner Genehmigung über die in der Ruhrfrage erzielten Ergebnisse Ausdruck. Daher sei die belgische Regierung der Ansicht, daß es an der Zeit sei, eine Politik der Wäfigung mit Bezug auf die militärische Besetzung Platz greifen zu lassen. General Degoutte werde in Übereinstimmung mit den belgischen Militärbehörden die nötigen Maßnahmen ergreifen, um das Befehlungsregime in dem Maße weniger hart zu gestalten, wie durch die Fabrik- und Bergwerksbeschlagnahmungen Arbeitsgarantien geboten würden.

Hilfe aus Ausland.

Moskau, 27. November. Der Volkskommissar für das Gesundheitswesen, Schemascho, erläßt in den „Iswestija“ einen Aufruf an die russischen Gelehrten zur Hilfeleistung für die deutschen Kollegen, unter Hinweis auf die feinerzeitige Tätigkeit des Deutschen Roten Kreuzes, die jetzt dankbar vergolten werden könnte.

Amerikas wirtschaftliche Eroberung der Welt.

Newyork, 27. November. Wie aus Washington gemeldet wird, hat sich die persische Regierung mit dem Ersuchen an die Vereinigten Staaten gewandt, ihr eine Anleihe von 10 Millionen Dollar zu gewähren. Als Kompensation bietet die persische Regierung irgend einer amerikanischen Gesellschaft von Ruf das alleinige Ausbeutungsrecht für Petroleum, Asphalt und Erdgas in vier nördlichen Provinzen Persiens an.

Eine Familie verbrannt.

Newyork, 27. November. Wie aus Confluence (Pennsylvania) gemeldet wird, ist beim Brande ihres Hauses die ganze Familie NoScow (Vater, Mutter und sieben Kinder im Alter von drei Wochen bis zu 13 Jahren) in den Flammen umgekommen.